

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Anschluß: Sozialdemokrat Berlin

Morwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2509-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor der Präsidentenwahl.

Der Sieg der Demokratie in Frankreich.

Die Drehung der Weltkonstellation hat in dem Kampf um die Person Millerands eine weithin sichtbare Symbolisierung gefunden. Mit Millerand fällt in den Entente-Ländern die letzte amtliche Stütze jener Nachkriegspolitik, die die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war.

Das französische Volk hat in seiner Mehrheit sich unzweideutig für die Abkehr von den Methoden Poincarés ausgesprochen. Die Mehrheit der französischen Kammer und des französischen Senats hat mit den gegen Millerand gerichteten Beschlüssen den Willen des Volkes vollstreckt.

Die Mehrheit der französischen Kammer hat mit großer politischer Geistes das Recht durchgesetzt gegen den Präsidenten der Republik. Sie hat gefestigt mit den Methoden der Demokratie, die für ihren außenpolitischen Kurs bestimmend sein sollen.

Formell ist der Sturz Millerands ein Schulbeispiel dafür, wie die demokratische Methode es gestattet, mit einem Mindestmaß innerer Reibung und in verhältnismäßig kurzer Zeit die politische Führung und die ausübende Gewalt der Aenderung des Willens des Volkes nachfolgen zu lassen.

Man stelle sich einen der deutschen englittimigen Gewaltpolitiker vom Schlage Lubendorffs als deutschen Reichspräsidenten vor. Würde ein parlamentarischer Linksbund in der Lage sein, ihn so hinwegzusetzen, wie die französische Kammermehrheit Herrn Millerand hinweggesetzt hat?

Wir sind in Deutschland nahe an einer großen Gefahr vorübergegangen. Es wäre ein Verhängnis gewesen, wenn entgegen dem Willen der Mehrheit des Volkes die Führung der deutschen Politik den Deutschnationalen in die Hände gespielt worden wäre. Dann hätte sich die Situation ergeben, daß in Frankreich der Geist der Demokratie triumphiert, während in Deutschland dem Gedanken obrigkeitlicher Führung des Volkes nachgegeben wird.

mußt angestrebt. Sie sieht den Sturz Millerands und den Sieg des demokratischen Gedankens in Frankreich mit schlecht verhohlenen Mißvergnügen. Grundsätzlich und gefühlsmäßig sieht sie in Millerand den Vertreter der machtpolitischen Gedankengänge, denen sie auf der anderen Seite selbst folgt, in der siegreichen Kammermehrheit aber die Verkörperung jener verhassten Demokratie, der ihr Kampf in Deutschland gilt.

Die Machtübernahme durch die Rechte in Deutschland würde die Wiederkehr der alten Konstellation mit ungekehrten Vorzeichen bedeuten, die den Weg zum Frieden ebenso versperren würde wie die bisherige Konstellation. Heute morgen schreibt der 'Tag', der Parteigänger der Deutschnationalen: 'Aber wir geben uns keinen Illusionen über das praktische Ergebnis der künftigen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland hin, weil uns auf der einen Seite das Kartell der Linken keine absolute Garantie für die völlige Beseitigung des Poincaristischen Machtgebisses in der französischen Politik gegen Deutschland bietet und auf der anderen Seite eine erfüllungsbereite Reichsregierung steht, die die nationalen Belange bisher nicht in der Weise vertreten hat, daß wir zu ihr jenes uneingeschränkte Vertrauen haben könnten, dessen sie in vaterländischen Interesse für die erfolgreiche Führung der Auseinandersetzung mit Frankreich bedarf.'

Diese Leute scheinen sich vererblichen Illusionen über die Ursachen der Drehung der politischen Konstellation hinzugeben! Der Wille zur Verständigung ist im Wachsen nicht wegen des mangelnden Verständigungswillens der deutschen Rechten, sondern trotz ihres mangelnden Verständigungswillens! Es ist nicht der Gedanke der von den Deutschnationalen vertretenen Machtpolitik in Deutschland, der zum Sturz Millerands geführt hat, sondern der Geist der Demokratie, und die Abkehr vom Geiste der Demokratie und der Verständigung in Deutschland könnte diese Entwicklung leicht wieder rückläufig machen!

Millerands Abschied.

Paris, 11. Juni. (Eca.) Millerand dankte gestern den Mitgliedern des Kabinetts François Marsal, wie eine offizielle Note mitteilt, mit folgenden Worten: 'Meine lieben Fremden! Darf ich Ihnen aus innerstem Herzen meinen Dank ausdrücken. Mit rührender Selbstlosigkeit haben Sie sich um unseren Freund François Marsal gekümmert, um einem Präsidenten Ihre Freundschaft zu bezeugen, dessen Mitarbeiter Sie fast alle gewesen sind, und die Verfassung gegen eine Verletzung zu schützen, die für das Regime selber bedrohlich war. Wenn trotz Ihrer Anstrengungen und den Bemühungen der harrenden Republikaner des Parlament vor unseren Warnungen das Ohr verschlossen hat, so hat das Land diese doch vernommen.'

Paris, 11. Juni. (Eca.) Die Mitglieder des Kabinetts François Marsal trafen um 12 Uhr im Elysée zu einem Ministerrat unter Vorsitz Millerands zusammen. Millerand teilte den Text seiner Rücktrittsbeschlüsse mit; die Beschlüsse werden nachmittags 3 Uhr in beiden Häusern des französischen Parlaments verlesen werden.

Ein Kartell der Linken.

Paris, 11. Juni. (Eca.) Die Mitte, die gestern durch ihre einmütige Abstimmung die Demission Millerands erzwungen hat, steht nunmehr vor der Aufgabe, einen gemeinsamen Kandidaten als Nachfolger Millerands aufzustellen. Die Nationalversammlung wird übermorgen in Versailles zusammentreten. Die französische Verfassung bestimmt, daß die Wahl des Präsidenten im 'Berlaufe von drei Tagen' nach Abgang des Präsidenten zu erfolgen hat. In der Zwischenzeit fällt die Exekutivgewalt dem jeweiligen Ministerpräsidenten zu, in diesem Falle also François Marsal, der auch nach der Wahl des neuen Präsidenten die Aufgabe hat, diesen in sein Amt einzusetzen. Für die Nachfolgerschaft Millerands stehen nach wie vor Poincaré und Doumergue im Vordergrund.

Bon den Blättern des Linken Bloques tritt nur der 'Quotidien' ausdrücklich für Poincaré ein, während sich die übrigen Blätter zurückhaltend zeigen. Die 'Gazette Nouvelle' schreibt: 'Die Namen Gaston Doumergue und Paul Poincaré werden in den Vordergrund gestellt. Es ist nicht unsere Sache, für den einen oder anderen Partei zu ergreifen. Doumergue ist ein lokaler Republikaner, ein hervorragender Senatspräsident. Er genießt die Achtung aller unserer Freunde, die es mit großem Bedauern sehen würden, wenn er den Vorsitz des Senats aufgäbe. Es befände dann die Möglichkeit, daß er durch Poincaré ersetzt werden könnte.'

Im übrigen besteht die linke Presse jedoch darauf, es sei unbedingt notwendig, daß das Kartell mit einem einheitlichen Kandidaten vor die Nationalversammlung trete. Es ist vorläufig noch nicht klar, welche Fraktionen und Parteigruppen an der Versammlung der Linken teilnehmen würden, bei der die Kandidatur für die Präsidentschaft aufgestellt wird. In einer Notiz, die gleichlaufend von fast allen Blättern des Linken Bloques gebracht wird, werden die Fraktionen des Kartells eindringlich aufgefordert, sich auf einen Kandidaten zu einigen. Im übrigen wird die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die Nationalversammlung in Versailles bereits morgen, Donnerstag, zusammentritt.

Befriedigung der Linkspresse.

Paris, 11. Juni. (Eca.) Die Demission Millerands hat in der linksstehenden Presse begrifflicher Weise die größte Befriedigung ausgelöst. Im allgemeinen bezeichnet man Poincaré als voraussetzlichen Nachfolger Millerands. Das 'Deuvre' schreibt: 'Wir haben nicht die Gewohnheit, die Besiegten mit Füßen zu treten. Aus der gestrigen Sitzung können wir aber die kurze und inhaltreiche Bekehr ziehen, daß Frankreich zum zweitenmal proklamiert hat, daß es unter keinen Umständen einen persönlichen Nachfolger anerkennen würde. Im 'Peuple' wird erklärt, Millerand habe es nicht verstanden, mit Eleganz zu demissionieren. Er habe den Augenblick verpaßt, wo er seinen Gegnern mit einer gewissen Ironie hätte zurufen können: 'Auf Wiedersehen, meine Herren!' Er habe sich hinter die These der Achtung vor der Verfassung gestellt, Vergleich ange stellt, Stimmen gezählt und jeden Morgen sich bestrebt, die Lösung der Krise, die vorauszu sehen war, noch um 24 Stunden zu verzögern. Er habe die Beobachtung dem freiwilligen Rücktritt vorgezogen. — Die 'Gazette Nouvelle' stellt frohlockend fest, Millerand sei niemals auf seine Rechnung gekommen. Er sei milde und weich gelagert worden. Seine Präsidentschaft endige in der Berachtung. Der 'Quotidien' schreibt, daß wenn Millerand einige Tage früher demissioniert hätte, dies nur das Ende einer Präsidentschaft der Republik bedeuten würde. Nach den gestrigen Ereignissen bedeute aber Millerands Demission auch

das Ende Millerands als Politiker.

In der 'Victoire' schreibt Hervé, daß Frankreich seit gestern keine legale Regierung mehr besitzt. Gestern sei ein Staatsstreich verübt worden. Es wäre überraschend, wenn es der Opposition nicht gelingen sollte, in den nächsten vier Jahren im Lande die nötige Agitation zu veranstalten, um dann wieder die Mehrheit zu gewinnen. Die neue Regierung möge sich aber in acht nehmen und das Land nicht in zu große Unordnung stürzen, denn in diesem Falle würde sie nicht durch die Stimmzettel, sondern durch Fußtritte aus dem Parlament hinausgeworfen werden.

Der neue Kurs.

England für deutsche Einheit und Republik.

London, 11. Juni. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des 'Daily Telegraph' begrüßwünscht die belgische Regierung zu der beabsichtigten Freilassung politischer Gefangener in der belgischen Zone. Er ist der Ansicht, man könne sich darauf verlassen, daß die kommende französische Regierung ein gleiches Verfahren verfolgen werde. Die belgische Regierung werde Belgien für seine Haltung dankbar sein, die, wie man glaube, eine rasche Besserung in den Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zustande bringen werde.

London, 11. Juni. (W.B.) Im heutigen Leitartikel des 'Daily Telegraph' beschäftigt sich das liberale Parlamentsmitglied Fisher mit der 'Deutschen Einheit'. Er behandelt die französischen Versuche, die Verletzung des Deutschen Reiches herbeizuführen, denen er die Auffassung der Engländer entgegensetzt, die im Sturz der Hohenzollernmonarchie einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt für die Sache des Weltfriedens erblickt. Für England sei dieser Sturz ein Ergebnis von kapitaler Bedeutung gewesen. Fisher betont, daß die deutsche Republik schwach sei, weil sie die demütigende Last des Versailler Friedensvertrages zu tragen habe. Wenn die deutsche Republik versuche, den Vertrag zu erfüllen, so setze sie sich dem Widerstreben eines Teiles des deutschen Volkes, wenn sie dagegen in Bezug gerät, der Rache der Alliierten aus. Fisher ist der Ansicht, daß die deutsche Republik trotzdem eine bessere Garantie für die Republik Frankreichs bildet als eine deutsche Monarchie. Die Verwendung farbiger Truppen im Rheinlande und die Besetzung des Ruhrgebiets hätten zweifellos die monarchistischen Parteien gestärkt. Viele Franzosen glaubten, daß es zur Sicherheit Frankreichs beitragen würde, wenn die deutsche Republik immer mehr ins Chaos sinke und das Leben jeder deutschen Regierung in dauernder Gefahr schwebte. Die separatistische Bewegung im Rheinlande, in der Pfalz und Bayern erweise dem Durchschnittpfrenzen als eine weit vernünftiger und wirksamere Methode, um das Mächtegleichgewicht herzustellen. Es sei die klassische französische Politik Mithellens, Marzans, Colberts und Napoleons, Deutschland zu zerschellen, um es zu kontrollieren. Demgegenüber betont Fisher, daß sich die Entwicklung Deutschlands im Gegenteil zu einer größeren Zentralisierung hinbewege. Man könne nicht glauben, daß irgendein nennenswerter Erfolg beschieden sein könne, wenn Teile des Deutschen Reiches vom Vaterland losgelöst würden.

Grütte-Lehder in Ungarn verhaftet.

Wien, 11. Juni. (III.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Das Berliner Polizeipräsidium hatte zu Anfang Mai dieses Jahres die Wiener Polizeidirektion um die Verhaftung des 18jährigen angeleglichen Kaufmanns Robert Grütte-Lehder aus Hannover-Linden wegen Raubmordes ersucht. Der junge Mann, der sich auch Graf Anton Dey und Eduard Falstaff-Bjorssky genannt hatte, war, wie das Sicherheitsbureau dann feststellte, tatsächlich in Wien gewesen und hatte in einer Knopfabrik in Hernals im 17. Wiener Bezirk gearbeitet und zuletzt im Hochschülerheim in der Ulgasse gewohnt. Er war aber schon am 23. April 1924 aus seiner Arbeit und aus seiner Wohnung verschwunden. Nun wird heute aus Raab (Ungarn) gemeldet, daß Grütte-Lehder dort festgenommen worden ist.

Grütte-Lehder wird von der Staatsanwaltschaft wegen Raubmordes verfolgt. Es handelt sich bei ihm um jenen völkischen Burschen, der mit Ausweisung vom Abgeordneten Bulle und von dem völkischen Generalsekretär Kube versehen, angeblich die „Völkische Freiheitspartei“ in Pommern organisieren sollte. Er hat feinerzeit damit renommier, daß er einen gewissen Leutnant Müller ermordet und verscharrt habe. Als er dann verhaftet wurde, gestand er die Tatsache ein. Eine im Tegeler Walde aufgefundene Leiche wurde jedoch als diejenige eines Selbstmörders festgestellt, worauf Grütte-Lehder sein Geständnis widerrief und als eitel Renommage hinstellte. Er wurde daraufhin wieder aus der Untersuchungshaft entlassen.

Nun wurde aber Anfang Mai in einer Schonung des Tegeler Forstes durch Spaziergänger eine Leiche gefunden, die bei näherer Untersuchung als diejenige des angeblichen Leutnants Müller festgestellt wurde, der in Wirklichkeit Heinz Dammers hieß und ebenfalls in völkischen Kreisen eine Rolle gespielt hatte. Als man jetzt den angeblichen Kaufmann Robert Grütte-Lehder wieder suchte, war er selbstverständlich längst verschwunden. Auf Grund des Steckbriefes, den die Staatsanwaltschaft hinter ihm erlassen hatte, wurde er auch in Wien gesucht, wobei keine Spur führte. Er hat sich aber auch in Wien nicht lange aufgehalten und war nach Horthy-Ungarn geflüchtet. Nachdem er dort jetzt in Haft genommen, hat der Berliner Oberstaatsanwalt sofort das Auslieferungserlangen gestellt und das Verfahren ist bereits eingeleitet. Da Grütte-Lehder wegen Raubmordes verfolgt wird, ist anzunehmen, daß der Auslieferung keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Wichtigmacher.

Deutschvölkische als Verfassungstützen.

Die Fraktion der sogenannten „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ hat sich bemüht gesehen, an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben zu richten, in dem sie die Behauptung wiederholt, nach der Erledigung ihres Vertrauensantrages durch Uebergang zur Tagesordnung habe die Regierung kein Recht, im Amte zu bleiben! Sie stellt weiter die Behauptung auf, es sei mit der Verfassung unvereinbar, daß eine Regierung mit einfacher Stimmenmehrheit ermächtigt werde, Bindungen gegenüber dem Auslande einzugehen, deren Durchführung eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Eine solche Zweidrittelmehrheit sei zur Ermächtigung der Regierung schon am 6. Juni erforderlich gewesen. Da sie nicht vorhanden war, so legt die Freiheitspartei „feierlichst die Verantwortung ein“ und warnt vor den praktischen Folgen und der eventuell sich ergebenden Lüge vor dem In- und Auslande. Bindungen der Reichsregierung hinsichtlich des Sachverständigenurteils werde sie niemals anerkennen.

Das ganze Schreiben, das die Unterschrift des Abgeordneten Henning trägt, ist eine geschwollene Wichtigmacherei. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung Bindungen nur so weit eingehen kann, als für die Wehrheit des Reichstages sicher ist. Sollte sie an irgendeinem Punkte der Durchführung des Sachverständigenurteils einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, so werden die Abgeordneten dann vor die Frage gestellt werden, ob sie das Scheitern der Abkommen verantworten wollen oder nicht. Möglicherweise hätte dann das Volk in neuen Wahlen oder mittels Volks-

Aufwertung.

Von Lena.

Man wird berührt als Mitarbeiter des „Vorwärts“, auch wenn man's nur unter dem Strich ist, das habe ich immer gewünscht, aber getreut hat es mich doch, als ich neulich folgenden Brief bekam:

Liebe Lena!

Wir kennen Ihr bewährtes Urteil und Ihren Scharfblick, denn wir lesen Ihre Artikel unter dem Strich im „Vorwärts“, und deshalb bitten wir um Ihren Rat in einer für uns und für ganz Deutschland wichtigen Angelegenheit. Wir erwarten Sie am um (Folgen die Unterschriften.)

Als ich zur bestimmten Stunde am bestimmten Tage den bestimmten Raum betrat, fand ich dort bereits eine Anzahl, ich muß sagen höchst eindrucksvoller und gewichtig aussehender Persönlichkeiten versammelt. Einer von ihnen erhob sich, hielt eine kleine feierliche Begrüßungsansprache an mich, in der er betonte, daß er unentwegt deutschnational sei, und fuhr dann fort:

„Sie wissen, daß wir Deutschnationalen uns letzten besonders mit der Frage der Aufwertung befaßt haben. Ganz unter uns gefogt, wir denken uns dadurch populär zu machen, denn wir fürchten, daß es mit unserer Herrlichkeit von der letzten Reichstagswahl sehr schnell vorbei sein wird, weil wir zwar große Redensarten machen, uns aber darum brücken, eine Verantwortung zu tragen, wenn es gilt, Leben zu zeigen. Nun möchten wir in der Aufwertungsfrage etwas Neues, noch nie Dagewesenes bringen. — Gott, Hypotheken, Sparkassenguthaben, Reichsanleihe —, als ob es nichts anderes gäbe, das aufgewertet werden müßte, das wertvoller gemorden ist als das Papiergeld in der Inflationszeit und wichtiger als dieses?“

„Wollen Sie mir derartige Dinge nennen, so will ich nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, Ihnen Vorschläge für die Aufwertung zu machen,“ versetzte ich bescheiden. Denn Bescheidenheit ist nun einmal meine starke Seite.

„Also,“ sagte der deutschnationale Sprecher, „können Sie Herrn Poincaré aufwerten? Wenn er wieder Einfluß beläme in Frankreich, das läme uns sehr zustatten. Ihm verdanken wir doch wesentlich unsere Stimmenzunahme bei der letzten Reichstagswahl.“

„O,“ erwiderte ich, „ihn aufzuwerten sind Sie bereits ganz auf dem richtigen Wege. Halten Sie nur weiter nationalsozialistische Reden, hören Sie den Gang der Reichspolitik, agieren Sie monarchistisch und militaristisch, dann werden Sie Ihr Ziel schon erreichen. Wieviel Prozent die Poincaré-Aufwertung betragen wird, das dürfte allein von Ihrer eigenen Lafrucht abhängen.“

Neben dem deutschnationalen Redner auf der linken Seite sah ich einen anderen, der ihm recht ähnlich sah, nur schien er ein wenig unsicherer und ängstlich.

entscheidend die Möglichkeit, auch über die völkischen Saboteure zu Bericht zu legen. Bis dahin können die Leute um Henning und Ludendorff ruhig ihre Protestschreiben lassen. An den tatsächlichen Verhältnissen werden sie dadurch nichts ändern.

Deutscher Lehrertag.

Allgemeine Anerkennung sozialistischer Kulturarbeit.

Breslau, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Deutschen Lehrertag, der zurzeit in Breslau stattfindet, sprach gestern Prof. Alois Fischer, München über Staatsrecht und Elternrecht auf dem Gebiete der Schule. Er wies nach, daß das Elternrecht eine Rechtschöpfung des Staates sei, da es in der vorstaatlichen Stammesverfassung noch nicht existiert habe. Schulgründer sei vor allem in der neueren Zeit in entscheidendem Maße der Staat gewesen. Der Staat hätte dem Kinde nie etwas genommen, ihm immer nur gegeben. Die Erziehung dürfe nicht im Dienst einer Weltanschauung stehen, sondern müsse den heranwachsenden Menschen fähig machen, sich selbst eine Weltanschauung anzueignen. Der Staat solle sich in einer Zeit der Vielgestaltigkeit der Weltanschauungen nicht mit einer Weltanschauung identifizieren. Andererseits hätten die Lehrer alle Ursache, die Mitarbeit der Eltern an der Schulerziehung von sich aus zu fördern. In diesem Sinne wurde auch eine Entschädigung angenommen, die den Mißbrauch des Elternrechts für parteipolitische und konfessionelle Sonderzwecke verurteilt, aber die weitergehende Heranziehung der Elternschaft zur Schulerziehung empfiehlt. Eine lebhafte Debatte ergab ein Referat über den Stand der Lehrerbildungsfragen, wobei sich, entgegen einem thüringischen Redner, die große Mehrheit der Versammlung zu einer lebhaften Anerkennung der sozialistischen Lehrerbildungspolitik in Sachsen und Thüringen bekannte. Auch die Tätigkeit des sozialistischen Unterrichtsministers Dr. Streckler in Hessen fand Anerkennung, während an der Politik Dr. Boelig' nach den Worten eines Sprechers mehr die Reden als die Taten zu loben seien. Eine Entschädigung verlangt, daß am Grundgesetz nicht gerüttelt wird und daß der Abbau der Reichskulturpolitik für die Volksschulen rückgängig gemacht werde. Die Besatzungspolitik der bürgerlichen Reichsregierung wird als unförmlich in einer besonderen Entschädigung verurteilt, die ganz im Sinne der bereits gestellten sozialdemokratischen Abänderungsvorschläge liegt. Die Behauptungen über den Rückgang der Volksschulleistungen seien als Wagnis der Befürworter von Sonderhochschulen zurückzuweisen.

Kommunistische Gemeindepolitik.

Helfershelfer der Deutschnationalen.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Getreu den Weisungen ihrer neuen Berliner Zentrale haben die Chemnitzer kommunistischen Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juni eine Kette von Schildbürgerstreichen begangen. Der dümmste ist folgender:

Durch den Tod des Genossen Krause war die Stelle des besetzten Stadtrats erledigt, dem das Arbeitsamt untersteht. Die Bürgerlichen fielen im Wahlausschuß mit dem Antrag, die Stelle nicht zu besetzen, hinunter. Die SPD, schlug dem Genossen Strabel vor, einen langjährigen und tüchtigen Gewerkschaftler, die Kommunisten aber einen gewissen Hausding, der erst in diese Sitzung wider Proben seiner politischen Unfähigkeit und seiner Ruppigkeit gegeben hatte. Von den Bürgerlichen war im Ausschuß kein Vorschlag erfolgt. Daß sie aber etwas im Schilde führten, mußte ein Blinder merken!

In der Sitzung schlugen sie, nachdem ihr Antrag abgelehnt worden war, die Stelle öffentlich auszufahren, durch den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden den rechtsgerichteten Stadtratsrat Dr. Dieterle vor, der 28 Stimmen der Rechtspartei erhielt. Die 4 Demokraten gaben weiche Jettel ab. Die 16 SPD- und 14 KPD-Vertreter wählten ihren Kandidaten.

Nun kam es zur Stichwahl zwischen dem deutschnationalen und dem sozialdemokratischen Kandidaten. Die Kommunisten wählten abermals abermals Hausding. Dadurch waren ihre Jettel ungünstig; und der deutschnatio-

nale Dr. Dieterle wurde mit 28 Stimmen gewählt, während der sozialdemokratische Strabel mit 16 Stimmen unterlag.

Vorher befaßten die Kommunisten die Dreifigkeit, zu behaupten, die SPD hätte, weil die Bürgerlichen im Ausschuß keinen Kandidaten aufgestellt hätten, mit der Rechts die einen Ruhehandel abgeschlossen! Hinterher schimpften sie in hundsgemeiner Weise auf die Herrscher von Sozialdemokraten und rieten ihnen, dem kommunistischen Antrag auf Abberufung sämtlicher besetzten Stadtratsmitglieder zuzustimmen. Dann würde der der SPD nicht genehme Dr. Dieterle auch mit abberufen! Sie vergaßen dabei zu sagen, daß dann Dr. Dieterle 6 Jahre lang auf das volle und bis ans Lebensende auf das halbe Stadtratamt Anspruch gehabt hätte, obwohl er nur eine 1/2 Stunde Stadtrat war, und daß die Kommunisten in einer Revue abermals einem bürgerlichen Kandidaten zum Siege verholfen hätten.

Die „Winter“-versammlung von Ernstroda.

Erlebnisse mit der Reichswehr in Thüringen.

Als die Reichswehr in Thüringen einmarschierte, nahm sie eines Tages auch in Ernstroda bei Gotha Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor. Dort sollte nämlich eine proletarische Hundertschaft bestehen. Auf Grund eines angeblichen Mitgliederverzeichnis wurden drei Arbeiter verhaftet und von ihnen zwei je 23 Tage und einer 7 Wochen in Schloßhaft behalten. Außerdem wurde gegen diese drei und gegen 33 weitere Arbeiter ein Strafverfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Hundertschaft eingeleitet. 36 Arbeiter erhielten gerichtliche Strafbefehle über je 1 Monat Gefängnis. Also nicht weniger als 3 Jahre Gefängnis sollten wegen dieser Hundertschaft verbüßt werden!

Die mit diesen Strafbefehlen verbundenen erhobenen Einsprüche, und die Verhandlung vor dem Schöffengericht Gotha sollte die Wahrheit an den Tag bringen. Sämtliche Angeklagten bestritten, daß in Ernstroda jemals eine proletarische Hundertschaft bestanden hätte. Als der Zeuge der Reichswehr und der Staatsanwaltschaft, ein Gastwirt aus Ernstroda, vernommen werden sollte, stellte der Staatsanwalt den eigentümlichen Antrag, daß während der Vernehmung dieses Zeugen sämtliche Angeklagten den Saal verlassen sollten, damit der Zeuge unbeeinträchtigt aussage. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Bei seiner Vernehmung versagte der Zeuge völlig, er konnte nicht das geringste befeunden, was die Angeklagten belastete. Die von dem Verteidiger als Zeugen gestellten Gemeinderatsmitglieder bestätigten sogar, daß in Ernstroda niemals eine proletarische Hundertschaft existiert hat. Auf Verlangen des Gemeinderatsvorsitzenden wurde das angebliche Mitgliederverzeichnis an und — es stellte sich nun heraus, daß durch einen „Schreibfehler“ aus einer harmlosen „Mieter“-versammlung eine höchst verdächtige geheimnisvolle „Winter“-versammlung geworden war. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Damit ist das gegen die drei Arbeiter verübte Unrecht aber nicht geföhrt. Weder für die verbüßte Schloßhaft, noch für die Aufregungen des Prozesses gibt es eine Entschädigung.

Vom Parteitag.

Vor Beginn des Parteitags trat heute im Landtagsgebäude der sozialdemokratische Parteiaus-schuß zusammen. Hauptgegenstand seiner Beratungen war der sächsische Parteikonflikt.

Der Parteitag wird heute abend um 8 Uhr eröffnet werden. Genosse Künstler wird ihm im Auftrage der Berliner Organisation begrüßen, worauf Genosse Crispian im Namen des Parteivorstandes die eigentliche Eröffnungsrede halten wird. Ihr werden Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste folgen.

Neue Siedlungen in Pommern. Die preussische Domänenverwaltung hat, wie die „Swinemünder Zeitung“ meldet, die 2800 Morgen große Staatsdomäne Groß-Cordshagen, Kreis Franzburg in Pommern, der deutschen Gesellschaft für innere Kolonisation in Berlin-Dahlem zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt. Neben einem Rübenbaurestgut werden besonders 30 und 60 Morgen große Siedlerstellen gebildet. Eine Reihe von Pflanzlingen wird bereits im Juli dieses Jahres angelegt.

lann, das bleibt abzuwarten. Die Rimi der Frau Jurjewskaja bestand in allen Ehren. Nicht so das Orchester, das Pratorius besonders im ersten Bild sich überfahren ließ.

Residenztheater: „Das Griemencal“. Die Schule, insbesondere die höhere Schule, mit ihrer Pedanterie und Tyrannie und der Auflehnung der Jugend dagegen ist von jeher ein beliebtes Thema der humoristischen und satirischen Literatur. Mit dem Aufkommen des Naturalismus wurde die Sache dann ernster genommen. Die Verfasser dieser Romdbie, Sturm und Färber, bewegen sich noch ganz in den altüberlieferten Bahnen des traditionellen Lustspiels, das komische Situationen auf Kosten aller Wahrscheinlichkeit schafft, den Blödsinn auf die Spitze treibt und dann für einen guten Ausgang sorgt: Man fürchtet, daß die wackelnde Bogade, die immer höher aufsteigt, jeden Augenblick zusammenbricht, aber ehe es dazu kommt, hilft ein neuer Einfall über die Schwierigkeit hinweg, und schließlich ergibt sich man sich dem Genius des Sommertheaters, der lachen will — losse es, was es wolle. Lustig und ulkig genug sind die komplizierten Situationen, in die ein Gymnasiallehrer auf Freiersfüßen zu seiner Tochter aus erster Ehe und der Sohn der zweiten Frau, sein Schüler, geraten. Der Direktor ist ein Frauenfeind, und darum muß ihm die Verlobung seines Lehrers verborgen bleiben. Da aber das Prädilein Tochter für den Schüler ein temporales abgeschrieben hat und er darüber in eine höchst peinliche Untersuchung gerät, in deren Verlauf einer den andern bedenklich und sich schließlich vier als Abschreiber bekennen, so gibt es einen Rattenkönig von komischem Durcheinander. Aber Gott, eine Spitzbühn von Badfisch, die all das Unheil angerichtet, entwirrt den Knoten und bezaubert sogar den mürrischen Gymnasiallehrer. Die nette Darstellung holt über alle Klippen hinweg, hebt Gruhl (der Badfisch) und Ernst Bringolf (als Schüler) waren famos jung, und die Typen des Direktors wie des ängstlichen Oberlehrers kamen durch Georg Wiegand und Gustav Koss zu charakteristischer Ausprägung. Des Hochens aber war kein Ende.

Eine glänzende Entschädigung. Einen recht grotesk anmutenden Sprung hat sich der berühmte deutsche Amtschimmel wieder einmal in dem westfälischen Städtchen Haltern geleistet. Am 26. Oktober 1923 ging ein von einer dortigen Firma abgeschicktes Paket mit fünf Paar Strümpfen verloren. Die Firma meldete Schadenersatz bei der Post. Jetzt im Juni 1924 — also „schon“ nach sieben Monaten — waren die Redereien so weit gekommen, daß die Firma die ihr zustehende Entschädigung ausgezahlt bekommen konnte. Und wirklich lief bei dem hocherfreuten Inhaber dieser Tage eine Postanweisung ein mit einer Entschädigungssumme in dem staunenzerregenden Betrage von — einem Rentenpfennig! Nach siebenmonatigem Recherchieren und Rechnen — bei dem mindestens ein Duzend Dienststellen in Bewegung gesetzt worden sind, hatte die Post als Erfolg für fünf Paar Damenstrümpfe diesen Betrag herausbekommen.

Vollstühne. Bei der Uraufführung des Einakters „Der Heimliche“ von Charles Blyden am Sonntag mittag 11^{1/2} Uhr wirkten mit: Gerwin Keller von Staatlichen Schauspielbühnen, Paula Bayer, Johanna Koch-Bauer und Fräulein Koloff. Regie: Fritz Doll. Für dieser Aufführung kommt seit der Verhängung des verhängenen Bogenlichts gegen hantwärtige Bühnenwerke zum erstenmal wieder ein junger Franzose in Berlin auf die Bühne.

„Ach, hören Sie,“ sagte er, „können Sie nicht helfen, die Zuverlässigkeit der Deutschen Volkspartei aufzuwerten? Sie ist so wackelig schon von der Zeit her, als wir noch Nationalliberale waren und man uns „Fraktion Drehscheibe“ nannte. So hohen wir uns ja auch jetzt bei der Regierungsbildung von links nach rechts und wieder zurück gedreht.“

„Nichts leichter als Sie aufzuwerten,“ antwortete ich. „Rassieren Sie nur künstlich, wie beim Militär, stromm „Augen links“, ohne einmal nach der anderen Seite zu schießen, dann geht's.“

Jetzt mischte sich ein geistlicher Herr in das Gespräch. „Ich interessiert die Aufwertung der christlichen Nächstenliebe,“ sagte er. „Sie ist sehr in Verfall gekommen. Kein Mensch gibt mehr viel darauf.“

„Kein Wunder,“ sagte ich. „Aber lernen Sie vom Sozialismus wieder neu, daß die Menschheit ein Ganzes ist, daß man nicht hoffen und läsen darf, daß jeder Geborene gleiches Recht hat an das Leben.“

„Vielleicht könnte uns eine Aufwertung durch den Sozialismus nichts schaden,“ meinte er nachdenklich.

„Nun noch ein Legies,“ nahm der Deutschnationale wieder das Wort. „Was merket man den Ruhm Ludendorffs, die Romane der Couris-Mähler und das Anstandsgefühl der kommunistischen Parlamentarier auf?“

„Kein, meine Herren,“ sagte ich, „Unmögliches dürfen Sie nicht von mir verlangen. Wo keine Substanz vorhanden ist, da kann man auch nicht aufwerten. Das ist bei den drei Legtenannten der Fall. Geben Sie den nutzlosen Versuch auf!“

Ich glaube, man wird allseitig einsehen, daß ich recht hatte, um so mehr, als selbst der deutschnationale Herr mir beistimmte.

Benjamins Bigli in der Staatsoper. Zuerst ist das Erstaunen größer als die Bewunderung über diesen Gast, der den Rudolfo in der Bohème singt. Ein kleines, dikes, kleines Männchen mit schwarzem Rock und Leinwandtrichter bewegt sich quackfüßig zwischen lauter Riesen. Braun, Scheidl, auch die Jurjewskaja müssen sich hüten, um dem Gast Bigli ins Auge zu sehen. Das unentwegt Gesagte mit Hand und Fuß ergibt allerlei dröhlige Nuancen der Selbstverpottung. Ein Poet? Oder ein Beamter. Dann aber, als er das eiskalte Händen der Rimi faßt, wandelt sich Bewunderung in Beminderung. Eine metallische, helle, wundervoll ansprechende große Tenorstimme schwebt in allen Nuancierungen auf meisterhaftem Viem dahin, über das Orchester hinweg. Ohne Krampf liegt eine Arie da, auch wenn sie sitzend, vom Stuhl aus, gesungen wird. Der Causus-Seuffer bleibt nicht aus, und in der stürmisch verlangten Wiederholung wird jede Schönheit des gesungenen Ausdrucks noch einmal unterstrichen. So hält sich der berühmte Mann, der kein italienischer Naturfänger, sondern einer von Kultur ist, in völliger Lauter. Menschlich darstellerisch entwickelt er ein Bild des Rudolfo aus lauter kleinen Einzelsätzen. Ob er große darstellerische Aufgaben so bewältigt, daß er mit Recht Causus Nachfolger genannt werden

Amerikas Außenpolitik.

Eröffnung des republikanischen Konvents.

New York, 11. Juni. (Eca.) Anlässlich der Eröffnung der republikanischen Nationalversammlung in Cleveland hat der Vorsitzende Burton mitgeteilt, daß bei der bevorstehenden Präsidentenwahl im November Coolidge als Kandidat der Republikaner aufzutreten werde. Burton drückte sein Bedauern aus, daß das Repräsentantenhaus und der Senat nicht den Ratsschlüssen des Präsidenten Coolidge gefolgt seien und den Vereinigten Staaten länger Zeit gegeben hätten, um die Frage des japanischen Einwanderungsgesetzes zu prüfen. Vom Dawes-Plan erhoffte er ein Verschwinden des Renanzgeschäftes. Man befindet sich immer noch der Tatsache gegenüber, daß Europa ein System von Offensiv- und Defensiv-Bündnissen habe, das der von den Vereinigten Staaten befolgte Politik durchaus entgegengesetzt sei. Von einem Eintritt Amerikas in den Bölkerbund könne so lange nicht die Rede sein, als der Bölkerbund eine politische Einrichtung habe, in der die Nationen die mächtigste europäische Nation vorherrscht. Hoffentlich werde eine neue Abrüstungskonferenz in Washington stattfinden; die Vereinigten Staaten würden aber an einer derartigen Konferenz nicht teilnehmen können, wenn als Hauptbedingung für ein Abkommen die Entbindung gewisser Regierungen von ihren Schuldverpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten gefordert werde. Burton trat für eine amerikanische Teilnahme an dem internationalen ständigen Gerichtshof ein, solange diese Teilnahme keinerlei Verpflichtung gegenüber dem Bölkerbund einschleife.

Die japanisch-amerikanische Spannung.

Kato Ministerpräsident.

London, 11. Juni. (W.B.) „Times“ meldet aus Tokio, daß Graf Kato ein Koalitionskabinett gebildet hat, in dem der vormalige japanische Botschafter in Washington, Baron Schidohara, Minister des Äußeren ist.

„Daily Express“ berichtet, daß die Unzufriedenheit in Japan über die amerikanische Einwanderungsbill eine drohende Gestalt annimmt. Erste Folgen würden von japanischen Botschafter in Washington, Hanihara, vorausgesetzt, wenn der Wortlaut der Antwort der amerikanischen Regierung auf den Protest veröffentlicht werde. Berichte aus Tokio zeigten, daß das japanische Auswärtige Amt ernstlich über die Lage beunruhigt sei. Die Amerikaner in Tokio beklagten eine gewisse Nervosität, und wer es möglich machen könne, verlasse Japan ohne Verzug.

Graf Kato ist als entschiedener Gegner der amerikanischen Politik bekannt. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten entfällt also eine scharfe Spitze gegen die Vereinigten Staaten, die durch ihr Verbot der japanischen Einwanderung die jetzige Spannung in den japanisch-amerikanischen Beziehungen heraufbeschworen haben.

Kanada und England.

Ottawa, 11. Juni. (Eca.) In der gestrigen Unterhausung erklärte der kanadische Premierminister, daß Kanada sich augenblicklich drei Möglichkeiten gegenüberstehe: 1. der vollkommenen Unabhängigkeit, 2. dem Anschluß an die Vereinigten Staaten und 3. einem genau formulierten Statut, das Kanada als selbständigen Staat im Rahmen des britischen Reiches anerkenne. Die englische Regierung habe Kanada aufgefordert, einen Vertrag zu ratifizieren, der ihm bestimmte Verpflichtungen auferlege, während es nicht aufgefordert worden sei, an den Verhandlungen selbst teilzunehmen. Kanada habe nicht einmal gewußt, daß es auf der Lauzanner Konferenz durch Lord Curzon vertreten worden sei. Der kanadische Premierminister führte weiter aus, der Grund, weswegen das kanadische Parlament nicht ersucht worden sei, diesem Vertrag zuzustimmen, sei offenbar der, daß man in London annahm, das kanadische Parlament würde das britische Verhalten gegen Kanada nicht gutheißen. Der Justizminister erklärte, daß die Gleichheit der Nationen, aus denen sich das britische Reich zusammensetzt, sich bei allen Gelegenheiten betätigen müsse. Alle Dominien müßten um jedes Dokument befragt werden, das dem ganzen britischen Reich Verpflichtungen auferlege, da Kanada eine Schwesternation sei und nichts anderes sein könne.

Lebende Leichname.

Die russischen Monarchisten haben gestern abend in Berlin eine Versammlung abgehalten, in der sie optimistische Hoffnungen auf das nahe Ende der Sowjetherrschaft zum besten gaben und den Präsidenten Nikolai Nikolajewitsch feierten. Die russischen Dinge werden von solchen Tagungen lebender Leichname nicht berührt — eher schon die deutschen; denn diese russischen Legitimisten sind die Brüder der deutschen Legitimisten, begeisterte Propagandisten des Hakenkreuzes.

Neues Einkommensteuergesetz.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, soll die den kommenden neuen Verpflichtungen des Reiches angepaßte Einkommensteuerverordnung dem Reichstag möglichst bald zugehen und noch vor den Ferien, auf jeden Fall aber bis zum Herbst, durchberaten werden. Ueber den Inhalt der Vorlage erfahren wir von anderer Seite u. a. folgendes: Mit einer wesentlichen Reform der bestehenden Tariffaxe ist bestimmt zu rechnen. Die 10prozentige Lohnsteuer wird in ihrer jetzigen Form beibehalten. Dasselbe gilt auch für das vielmehrstrittene Prinzip der augenblicklich gehandhabten Gegenwartsbesteuerung. Gegenüber den Wünschen nach Wiedereinführung der Vergangenheitsteuerung glauben die zuständigen Stellen nicht auf die Vorschlagsstellungen verzichten zu können.

Täglich neue Konkurse.

Zu Beginn der heutigen Berliner Börse lagen wieder zahlreiche beunruhigende Nachrichten und Gerüchte vor. Die „Geschäftsaufficht“ beim Bankhaus Ehrhard Herzer Kommanditgesellschaft vertritt die bereits bestehende Mißstimmung, da bereits gestern an der Rohbörse größere Zwangsverkäufe des Kursniveaus herabgedrückt hatten. Diese Zwangsverkäufe waren so umfangreich, daß man sie nicht allein der Firma Herzer zuschreiben kann. Infolgedessen finden Gerüchte über neue bevorstehende Insolvenzen immer wieder Nahrung.

Viel besprochen und nicht ohne Einfluß auf die Tendenz war der neue Bankrott in Dänemark. Die Zahlungseinstellung einer größeren dänischen Bank, die in gewissem Zusammenhang mit der augenblicklichen Geschäftskrise in Deutschland steht, wird auch gewisse Wirkungen auf den Lebensmittelmarkt aus Dänemark nach sich ziehen.

Die Lage des Geldmarktes bleibt weiter angespannt und tägliches Geld wird zu einem Satz von 1/2 Premie angeboten. Auch auf allen anderen Marktgebieten brachten bereits die ersten Kurse ziemlich erhebliche Abschwächungen.

Charlottenburger Parks.

Die frühere Stadt Charlottenburg hatte es stets verstanden, sich den Ansprüchen einer „besseren“ Stadt zu geben. Das kam auch in ihren Parkanlagen zum Ausdruck, für deren Pflege immer bedeutende Aufwendungen gemacht wurden.

Den Eingang zum Tierpark, einer prächtigen Anlage an den Ufern des alten Biegeflusses, der seinen Namen von den früher dort massenweise nistenden Bienen, Bienen genannt, behalten hat, ziert eine Bronzestatue von Professor Lederer, einen Bogen schützend darstellend. Ein wunderbarer Ausblick über den Hauptteil des Sees öffnet sich dem Besucher. Vorn eine riesige Rasenfläche, die, sanft abfallend, zum Ufer führt. Im Hintergrunde, am jenseitigen Ufer, Wohnungsprachtbauten, von denen einige gar Spotsstände haben. Die Bewohner scheinen die Vorzüge ihrer Quartiere kaum zu begreifen; selten sieht man auf den Terrassen, die zum See führen, eine Menschenseele. Ihre Lebenshaltung schreibt ihnen im Sommer die, nicht den See vor. Auf prächtigen Wegen geht man durch Laubengänge an bunten Blumenbeeten vorüber, die der Jahreszeit entsprechenden Pflanzensmuck tragen. Am Wasserbord entlang ein breiter Schwermüllergürtel, der mit Rindornbüschen abwechself. Nach Süden zu wird der See durch die Ueberbrückung der Neuen Kanäle stark eingeengt. Er erweitert sich aber sofort wieder und wird hier von laubwaldähnlichen Parkwegen umrahmt. Von der Brücke, zu der Rampengänge im Hedenrosenschmuck führen, bietet sich rechts und links ein köstlicher Ueberblick über die beiden Seeufer mit der Gesamtanlage. Wir schreiben am rechten Ufer weiter und gelangen zu einer stimmungsvoll eingelagerten Kirche. Es ist eine Rothkirche, die die Biegefluggemeinde im Jahre 1819 provisorisch als Holzbau errichtete, um einem „dringenden Bedürfnis“ abzuhelfen. „Erbaut in der Zeit der Not aus starkem Glauben“, schrieb man über das Hauptportal, wobei der Verfasser der Inschrift mit dem Baumeister offenbar über den Baustoff geteilter Meinung war. An diesem Teil des Biegeflusses findet man auch noch Reste der ursprünglichen Umrahmung, alte richtige märkische Fichten. Aus dem früheren Waldsee in Berlin's weiter Umgebung ist eine Schmuck- und Erholungsstätte hervorgegangen. Ari geworden. Schade, daß in die Stille dieses Paradieses nur zu oft die blöden Töne der Autosirenen gellen. — Wir kehren zum Haupteingang zurück, gehen die breite Prachtstraße „Kaiserdamm“ rechts hinunter und biegen am Polizeiamt über den Sophie-Charlotten-Platz in die Schlossstraße ein, die uns in etwa 15 Minuten direkt zum Charlottenburger Schloß führt. Hinter Hand ist der Eingang zum Schlosspark, der an räumlicher Ausdehnung dem Berliner Friedrichshain kaum nachsteht. Er ist jetzt unter der Verwaltung des preussischen Finanzministeriums. Es wendet sich gleich am Portal auf einer Warnungstafel, die noch mit der alten Königskrone geschmückt ist, an die Bürger des Freistaates Preußen mit Anordnungen, die Parkordnung betreffend. Durch einen Portalgang kommen wir in den Park. Hinter uns liegt links die ehemalige Orangerie, die zeitweise Werkstätten zur Herstellung orthopädischer Geräte für Kriegsbefähigte enthielt und die Rückfront des Schlosses, dessen Parkterrassen das Fürstentum des 7. Bezirks innehat. Eine breite Allee führt an den Baulichkeiten vorüber. Die Büsten einer erklüftlichen Anzahl römischer Jäharen schmückt sie. Offenbar hat hier der Herr in Doorn die Anregung für sein Siegesallee erhalten. Der Park bietet den Genuss eines Laubwaldes ohne jede gewollte gärtnerische Einmischung. Die Beenge gegen Osten bildet die Espee, die weiter abwärts in langsamem Bogen ihrer Vereinigung mit der Hand bei Spandau zweigt. Vom Park selbst hat man hier auch einen Durchblick auf die Sandsteinfront des Landgerichts. Der Gang am Spreerufer führt bald zu einem Rundbau, dem Kavalierhaus; hier haben sich allerlei intime Vorgänge im Leben der verschiedensten Parkinhaber abgespielt, wie Geistesbeschwörungen, Tabakskollegien und anderes mehr. Ein See mit schifflichem Ufer und kleine Wasserarme, die von ihnen ausgehen, gestalten hübsche Ausblicke durch den Park bis zurück zum Schloß.

Wir sind schließlich am Ende des Parks angelangt. Die Ringbahn und der Bahnhof Jungfernheide hindern den Blick über die Spreewiesen. Im fernen Hintergrunde liegen die Siemens-Fabriken, deren Anblick mit der Parkromantik, der wir uns gern hingeben, nichts zu tun hat.

Ratfoller?

Von einem Teilnehmer des Bezirksjugendtages des Vereins Sozialistischer Arbeiterjugend, der zu Pfingsten in Brandenburg a. H. stattfand, wird uns geschrieben: Als wir in den Abendstunden des Pfingstsonnabends unser Quartier in der Schupkefaserne aufsuchen wollten, zogen wir geschlossen und singend durch die Rogdeburger Straße. Unweit der Kaserne tauchte plötzlich Schupo auf und trieb die Jugendlichen auseinander. Anlaß dazu gab das Verbot von Demonstrationen unter freiem Himmel. Ebenfalls war es bereits 10 Uhr, so daß das Singen als ruhestörend bezeichnet werden konnte. Die Genossen gingen nun auf den Bürgersteig, um so schnell wie möglich ins Quartier zu gelangen. Dem Schupmann aber, er gehörte einem Ueberfallkommando aus Potsdam an, ging das alles nicht schnell genug. Unsere ältesten Genossen waren bemüht, Unbesonnenheiten zu verhindern und mahnten: „Genossen, geht auf die Bürgersteige.“ Als der Schupmann das Wort „Genossen“ hörte, fuhr er wie von einer Lanze getroffen, in die Menge hinein und schrie dabei: „Ich werde euch schon mit Genossen, los, los“ und trug so zur Verstärkung der Erregung bei. Die Schupo war im Rechts, als sie den Zug aufstellte, wobei ich allerdings hoffen möchte, daß sie bei dem demnächst stattfindenden Hakenkreuztag in Brandenburg ebenso tapfer gegen Demonstranten einschreiten wird. Es wäre angebracht, dem jungen Schupmann aus Potsdam das Ausmaß seiner Pflichten eingehend klarzulegen und ihn von seinem Ratfoller kampflos zu befreien.

Die Wohnhauslotterien.

Zu der Nachricht über die Genehmigung einer Deutschen Wohnhaus-Lotterie, die vor kurzem durch die Presse gegangen ist, wird dem Amtlichen Preussischen Pressebüro von zuständiger Stelle mitgeteilt: „Anträge auf Genehmigung von Lotterien zur Förderung des Wohnungsbaues werden neuerdings den zuständigen Behörden in großer Zahl vorgelegt. Die Durchführung solcher Lotterienpläne steht aber, wie eingehende Prüfungen ergeben haben, auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Veranstaltung von Lotterien eignet sich bei der eng begrenzten Aufnahmefähigkeit des Volkswortes nur für die Finanzierung bestimmter Einzelzwecke. Dagegen ist es unmöglich, auf dem Lotteriewege so umfangreiche Kapitalien aufzubringen, wie sie für eine wirksame Förderung des Wohnungsbaues erforderlich sind. Anträge auf Genehmigung von Wohnungsbaulotterien haben deshalb keine Aussicht auf Berücksichtigung.“

„Interessengemeinschaft der 1000-Marktscheinbesitzer.“

Der Schwandel mit den alten 1000-Marktscheinen nimmt immer noch kein Ende. Eine neue Art betriebe ein 36 Jahre alter, aus Dresden gebürtiger Buchhalter Max Heinzl aus Chemnitz aus. Er fand an etwa 1000 Zeitungen im ganzen Deutschen Reich, nur nicht in der Umgebung von Chemnitz, eine Anzeige, durch die der Besitzer von alten 1000-Marktscheinen und alten Münzen aufgefordert wurden, ihm unter Beifügung von 1 M. für Spesen u. m. ihre Scheine mitzugeben. Der größte Teil der Zeitungen lehnte die Auf-

nahme dieses Inserates ab. Die es aufnahmen, reichten aber noch hin für den Zweck, den Heinzl verfolgte. Er erhielt eine Unmenge von Briefen mit einer Mark und begnügte sich damit, diese einzulösen. Die Chemnitzer Kriminalpolizei, die den Schwindel festnahm, fand bei ihm außer vielen zerrissenen Umschlägen noch an 700 Briefe mit der erbetenen Beilage. Der Verhaftete behauptet, die Briefe gehabt zu haben, die Einfender zu einer „Interessengemeinschaft“ zusammenzuschließen, um durch sie bei der Reichsregierung die Auswertung der alten 1000-Marktscheine zu betreiben. Im Wirklichkeit hat er von dem eingegangenen Gelde gelebt, ohne sich um die Abfender weiter zu kümmern.

Erst Zahlung, dann Ausreise.

Die Frau als Pfandobjekt?

Ein seit einigen Jahren in Berlin lebender Kaufmann B. aus Riga, der nach dem Kriege von dort hierher übersiedelte, schildert uns, was er mit dem Finanzamt Berlin-Schöneberg erlebt hat. Herr B. betrieb in Berlin ein Exportgeschäft im Verkehr mit England und mußte in England auf Grund des Versailler Vertrages 26 Proz. des Warenumsatzes als Reparationsleistung entrichten. Den Gegenwert erhielt er in Berlin von der Friedensvertrag-Abrechnungstelle in sogenanntem F-Schapanweisungen ausgezahlt, die nicht als Zahlungsmittel gelten und die er nicht ohne Verlust hätte los werden können. Die ganz unmögliche perfide Idee, in die er dadurch geriet, veranlaßte ihn, sein Geschäft aufzugeben. Seine Familie wollte er nach Riga zurückziehen, er selber aber war gezwungen, bis zur Erledigung aller seiner Verpflichtungen noch hier zu bleiben. Als B. beim Finanzamt Berlin-Schöneberg die Genehmigung zur Ausreise von Frau samt Kindern nachsuchte, wurde ihm von einem Sekretär erklärt, daß er noch 70 M. Steuern für das erste Viertel von 1924 zu zahlen habe und daß vor Zahlung dieser Steuerfahndung seine Frau nicht reisen könne. Unter Hinweis auf sein Vater F-Schapanweisungen schlug B. vor, das Finanzamt solle, wenn es sich nicht aus ihnen bezahlt machen wollte, sich an seiner Kleidung u. m. schadlos halten. Die Frau samt den Kindern könne doch nicht als Pfandobjekt dienen; sie seien auch in Berlin ohne Wohnung, da er die bisherige zum 1. Juni gefündigt habe. Seine Einwendungen waren vergeblich. Der Dezernent, ein Regierungsrat, an den er sich dann wandte, wies ihn kurz und schroff ab. Obwohl B. selber noch hier blieb, wurde die Ausreisegenehmigung für die Frau erst erteilt, nachdem die 70 M. bezahlt worden waren. Wir zweifeln nicht, daß der Sekretär und der Dezernent uns irgendwelche Paragraphen nennen könnten, nach denen sie in dem geschilderten Fall so verfahren zu müssen glaubten. Aber B. beklagt sich auch über die Form, die man ihm gegenüber für angemessen hielt. Vermutlich handelt es sich um ein paar Beamte, die den preussischen Amtsstubentum der monarchischen Zeit noch nicht ganz abzuliegen vermocht haben.

Brand in der chemischen Fabrik in der Kiedelstraße. Am Dienstag abend brach in der chemischen Fabrik der Aktiengesellschaft Riedel in Brix im Hauptschuppen durch Selbstentzündung dort gelagerter Chemikalien ein größeres Schadenfeuer aus. Die Feuerwehr rückte mit mehreren Zügen an. Durch angestrengteste Arbeit wurde die Gefahr beseitigt. Die Wehr konnte nach weiteren 2 1/2 Stunden schwerer Arbeit wieder abrücken. Der entstandene größere Brandschaden ist durch Versicherung gedeckt.

Die Zahl der Automobilunfälle wächst ständig. In den letzten Stunden wurden wieder mehrere gemeldet, darunter einer aus Luckenwalde, ein zweiter aus Potsdam, ein dritter aus Pankow. An der Ecke der Berliner und Westermann-Straße in Pankow überfuhr ein Auto einen Radfahrer, wobei der Fahrer verletzt wurde. Am Anie in Charlottenburg mußte die Feuerwehr ein verunglücktes Automobil beseitigen, das ein Verkehrshindernis bildete.

An die sozialdemokratischen Kreise richten die Genossen Silberstein, Stutz, Wiggodjinski, Kollwitz, Großhahn, Sukhman, Jaffer, Grog, Korach folgenden Aufruf: Wir fordern die parteigenössischen Kreise auf, sich der neugegründeten Vereinigung sozialdemokratischer Kreise anzuschließen. Meldungen sind baldigst zu richten an den Genossen Dr. Otto Stutz, Neue Königstraße 71 (Hermus; Königstadt 1918). Bedingung für die Aufnahme ist die organisatorische Zugehörigkeit zur SPD. Erste Mitgliederversammlung Freitag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Hauptgebäude, Fischerstr. 39/42.

Die große Volkswiese in der Schönholzer Heide wird nunmehr zur Benutzung freigegeben. Sie darf jedoch nur zum Lagern und Spielen mit Ausnahme von Fußball in Anspruch genommen werden. Die die Wiese einrahmenden Bückungen sollen geschont werden. Für Papier, Abfälle u. m. sind Körbe aufgestellt worden. Die Einwohnerschaft wird mit Rücksicht auf ihre Mitmenschen gebeten, Sauberkeit zu pflegen und Ordnung zu halten. Da die Grasnarbe noch nicht genügend erstarkt ist, ist im Interesse der Erhaltung des Rasens eine gewisse Schonung geboten.

Beim Fensterreinigen abgestürzt ist heute vormittag eine Frau Dujau aus Schöneberg auf dem Baugebiet zwischen Konstanzer Straße und Hebrbelliner Platz in Wilmersdorf. Sie wurde mit einem Armbruch und schweren inneren Verletzungen in einem Rettungsgauto der Wilmersdorfer Feuerwehr nach dem Krankenhaus Pflanzburger Straße übergeführt.

Jungen gesucht! Auskügler, die am Fürstenwälder Ulanentag (18. Mai) vor dem Tor zum Güterbahnhof zwischen 9 und 9.30 Uhr vorm. die Vorgänge auf dem Bahnhof beobachtet haben und mit einem Korbler eine Unterhaltung führten, werden gebeten, ihre Anschrift alsbald an Genossen Mittelstrasse 10, Zuchta, Fürstenwalde, zu senden. Auslagen werden erstattet.

„Republik in Not“. Unter diesem Thema findet am Freitag, den 13. d. M., abends 7 1/2 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße, eine republikanische Rundgebung des Reichsbanner Schwarzrotgold statt. Für die Ansprache ist Polizeiberater Dr. Schüßinger gewonnen. Alle Republikaner sind hierzu herzlich eingeladen.

Arbeitertod auf den Schienen.

Die „Rogdeburger Zeitung“ meldet aus Zeitz: Ein von Reichenfels kommender Personenzug fuhr bei Zeitz in voller Fahrt in eine auf dem Gleis beschäftigte Arbeiterkolonne. Vier Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Größtenteils bewölkt mit leichten Regenschauern ausfallenden südwestlichen Winden und nicht wesentlich veränderten Temperaturen.
Deutschland: Im größten Teile Deutschlands leichte Regenschauer und noch mäßig warm. Frische Südwestwinde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Biergarten. Zahlung Abrechnungseinerinnen: Am Donnerstag Material abholen bei Jordan, Ueberstr. Straße 44.
2. Kreis Wedding. Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr. Treffpunkt: Umlagerter Oden in den Germaniaoffen. Chausseestraße.
3. Kreis Köpenick. Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr. Funktionäreinnenskonferenz Jugendheim, Zimmer 1.
4. Kreis Borsdorf. Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr. Treffpunkt: Umlagerter Oden in den Germaniaoffen. Chausseestraße.
5. Kreis Köpenick. Freitag, den 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr. in Germaniaoffen. Chausseestraße 114. öffentliche Versammlung. Vortrag: „Die weltliche Schule und die Elternbeiratswahl.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutsche Bauernschaft des Bezirkes Haken-Str.-Berl. Vereinigung mit anschließendem Besamensein am Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, in der Rindbrauerstr. 24/25. Herrmannstr. 24/25. Gemischter Chor. Besamensein am Freitag, abends 8 Uhr, im Hotel von Hammer, Neulöwen, Kaiser-Str. 25/26.

Gewerkschaftsbewegung

Das Abflauen der Arbeitslosigkeit.

In Nr. 9 der „Berliner Wirtschaftsberichte“, die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegeben werden, wird in Verbindung mit einer Uebersicht über die Kurzarbeiterfürsorge in Berlin folgende Tabelle veröffentlicht, die einen zwar unvollständigen, aber nichtsdessenungeachtet drastischen Witz gibt von der ungeheuerlichen Wirtschaftskrise, die als Folge der Inflationswirtschaft auftrat und mit der Stabilisierung wieder bereubte.

September 1923 bis März 1924.

D a t u m	Unterschützte Kurzarbeiter	Auf 100 Kranke-losenmitglieber in Berlin unterschützte		Im unbeschäftigten Reichsgebiet; auf 100 Kranke-losenmitglieber unterschützte	
		Kurzarbeiter	Erwerbslose	Kurzarbeiter	Erwerbslose
10. 9.—13. Septbr. 1923	31 782	2,6	5,2	5,8	2,4
17. 9.—23. „	41 757	3,4	6,8	—	—
24. 9.—29. „	65 811	5,6	8,8	7,1	8,8
1. 10.—6. Oktober	87 476	7,5	9,7	—	—
8. 10.—13. „	99 224	8,8	10,7	9,1	4,8
15. 10.—20. „	103 029	9,0	11,8	—	—
22. 10.—27. „	112 892	10,0	12,7	—	—
29. 10.—3. Novemb.	110 883	9,9	14,2	10,6	5,9
5. 11.—10. „	118 915	10,6	15,8	—	—
12. 11.—17. „	120 170	11,0	17,3	11,2	7,8
19. 11.—24. „	137 582	12,7	18,9	—	—
26. 11.—1. Dezemb.	135 878	12,7	20,4	11,1	9,1
3. 12.—8. „	126 270	11,9	21,3	—	—
10. 12.—15. „	88 503	8,4	21,9	7,6	9,2
17. 12.—22. „	75 518	7,2	22,1	—	—
24. 12.—29. „	41 318	3,9	22,3	5,2	9,4
31. 12.—5. Januar 1924	33 490	3,3	22,3	—	—
7. 1.—12. „	35 727	3,4	22,0	8,9	9,8
14. 1.—19. „	26 658	2,5	21,2	—	—
21. 1.—26. „	20 824	2,0	19,9	—	—
28. 1.—2. Februar	12 770	1,2	18,5	2,2	8,9
4. 2.—9. „	10 930	1,0	17,0	—	—
11. 2.—16. „	4 696	0,4	15,6	1,5	8,0
18. 2.—23. „	3 804	0,4	14,0	—	—
25. 2.—1. März	2 541	0,2	12,4	0,9	7,2
3. 3.—8. „	2 463	0,2	10,8	—	—
10. 3.—15. „	5 261	0,5	8,6	0,6	6,0
17. 3.—22. „	4 450	0,4	7,4	—	—
24. 3.—29. „	2 789	0,2	6,1	—	4,8

Aus diesen Zahlen geht mit handgreiflicher Deutlichkeit hervor, wie verheerend die Inflation gewirkt hat und wie fast automatisch mit der Stabilisierung, die zusammenfällt mit der Erhaltung der Kaufkraft der Löhne, auch die Wirtschaftskrise zurückgeht. Daß die Kurzarbeit sich enger abnahm, als die Arbeitslosigkeit, erklärt sich sehr einfach aus der Tatsache, daß bei einem Anziehen der Konjunktur zunächst wieder voll gearbeitet wird, ehe Neueinstellungen erfolgen.

Hotel Excelsior, Berlin. Geheimrat und Betriebsrat.

Man schreibt uns: Ein Dorado für die gewerkschaftlichen Angestellten ist das Hotel Excelsior, Berlin, am Anhalter Bahnhof. Sein Besitzer, Herr Kurt Eichner, nennt sich Geheimrat und mag irgendwann, und irgendwo dazu ernannt worden sein. Daß dieser Geheimrat kein Freund der Republik ist, versteht sich am Rande. Noch weniger scheint er sich mit den Betriebsräten befreundet zu können. Bis jetzt sind noch alle Betriebsräte aus seinem Betrieb klistlos hinausgeworfen worden. Der letzte der hinausgeworfenen Betriebsräte hat trotzdem sein Jahr ausgehalten. Er befindet sich zwar nicht im Betriebe, aber Herr Eichner muß ihn trotzdem bezahlen. Daß gegen den Herrn Geheimrat ein Verfahren vor dem Staatsanwalt schwebt, weil er seinen Betriebsrat an der Ausübung seines Amtes hindert, sei noch nebenbei erwähnt.

Als Herr Eichner Anfang November seinen Aufenthalt von Verdamm nach Berlin verlegte, da hatte der arme Mann doch auch einmal einen Pöbel. Als er im Auto durch Bayern fuhr und dort die Hiltterbanden sah, ließ er seinem Chauffeur die Höchstübersetzung einschalten. Er wollte der erste sein, der den Berlinern die frohe Heilsbude brachte. Als er in Berlin vor seinem Hotel anlangte, fürzte er in das Vestibül, und in sichtlich freudiger Erregung schrie er: „Meine Herren, jetzt ist es vorbei, jetzt regiert Hiltter!“ Der Herr Geheimrat hofft wohl, daß er nun „Königlich Hiltterlicher Hoflieferant und wirtschaflicher Geheimrat“ werden würde; besonders aber, daß jetzt schließlich das Betriebsrätegesetz abgeändert würde. Die Betriebsräte, die er immer wieder rauschmeißen und bezahlen muß, die er sich mit dem Revolver vom Leibe halten muß, die ihm sein Hotel in die Luft sprengen wollen, Streiks inszenieren und ihn täglich auf das Gericht bemühen, würde er endlich los werden.

Was sind das auch für Zustände! Duzende von Angestellten, die der Geheimrat hinauswirft, müssen wieder eingestellt werden. Die Gerichte verurteilen zur Zahlung von Entschädigungen, weil man Herr im Hütle sein möchte. Der einzige Trost für unsern Geheimrat ist, daß er Direktoren hat, an denen er zeitweise seine Lust auslassen kann. Bei ihm wird natürlich nur Direktor, wer die Angestellten gehörig „behandeln“ kann. Wer in dieser Beziehung gar besonderes leistung wird Generaldirektor (Marke Kabfahrer: nach oben trummern Budget, nach unten treten). So mußte der Generaldirektor Hiltter (früher Koch), der sich in dieser Beziehung besonders anstrengte, vom Geheimrat sich sagen lassen: „Wie alter Esel, ich habe erst aus Ihnen was gemacht!“ (Wir können Herrn Eichner ausnahmsweise einmal zustimmen. D. B.)

Als Herr Eichner einen Angestellten erwischt hatte, wie er sich ein Stückchen Burt von seinem Abendbrot mitnehmen wollte, schrie er: „Hinken gehen die kleinen Diebe raus, und vorn gehen die großen Diebe, meine Direktoren, heraus.“

So ein „Geheimrat“, mit einem Hotel besetzt, hat es sehr schwer. Ein Duzend Direktoren, 10 Direktrizen, sie alle können nichts und verstehen noch nicht einmal etwas vom Bettmachen. Der geplagte Geheimrat muß seine Zimmermädchen persönlich das Bettmachen lehren. Seine Unparteilichkeit geht soweit, daß er selbst seine Gattin mit „Liebenswürdigkeiten“ überhäuft, ohne Rücksicht auf die Anwesenheit des Personals und der Gäste. Die Ausdrücke, die dabei fallen, sind in keinem Buche von gutem Ton zu finden. Bei seinem Temperament wäre diesem Geheimrat dauernder Aufenthalt in Bayern zu empfehlen.

Zum Zimmerer-Streit.

Die Unternehmer des Berliner Baugewerbes veröffentlichten in der bürgerlichen Presse („Vokal-Anzeiger“ und „Berliner Tageblatt“) eine Notiz über den Streit der Zimmerer. Es werden da den Zimmerern Forderungen unterschoben in Höhe von 1,25 und 1,50 M pro Stunde. Dies ist ein ausgemachter Schwindel, und die Gründe dafür sind sehr durchsichtig. Die Forderung der Zimmerer ist nach wie vor eine Mark pro Stunde und die bisherige Arbeitszeit. Für diese Forderung sind die Zimmerer Berlins gemißt, weiter im Kampfe zu verharren. Zentralverband der Zimmerer, Jährliste Berlin und Umgegend.

Aufwertung von Kauttionen.

In Nr. 237 des „Vorwärts“ vom 21. Mai teilten wir ein Urteil der Kammer 14 des Gewerbegerichts mit, welches einem Bierfahrer, der vor Jahren, als es noch keine Geldwertung gab, bei der Brauerei eine Kauttion von 500 Goldmark hinterlegt hatte und der jetzt die Rückzahlung von 500 Goldmark forderte, nur eine Aufwertung von 15 Proz., also 75 Goldmark, zusprach. — Jetzt liegt uns die schriftliche Begründung des Urteils vor. Sie deckt sich mit der von uns wiedergegebenen mündlichen Urteilsbegründung, sagt aber den für uns entscheidenden und von uns nicht berücksichtigten Posten der Urteilsgründe prägnanter, als es bei der Urteilsverkündung der Fall war. Nachdem dargelegt worden ist, daß die Kauttion keine Kapitalanlage im Sinne der dritten Steuernotverordnung und deshalb nicht an die durch diese Verordnung geordnete Aufwertungsgrenze gebunden ist, fährt die Urteilsbegründung fort: „Gleichwohl ist das Gericht aus Billigkeitsrücksichten und unter Berücksichtigung der beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse im vorliegenden Falle zu dem gleichen Ergebnis wie die Beklagte gekommen, daß nämlich hier eine Aufwertung von mehr als 15 Proz. des Goldwertes von der Beklagten nicht verlangt werden kann. Das Gericht ist der Ansicht, daß, wenn sogar bei dinstlich gesicherten und ähnlichen gleichwertigen Forderungen eine Aufwertung von mehr als 15 Proz. gesetzlich verboten ist, der Beklagten noch Treu und Glauben eine höhere Aufwertung auch nicht zugemutet werden kann, sofern nicht etwa vom Kläger dargelegt wird, daß durch besondere Umstände die Beklagte einen höheren Vorteil als 15 Proz. des Goldwertes durch die Hinterlegung erlangt hat. Dies hat jedoch der Kläger nicht nachweisen können, vielmehr hat die Beklagte unwiderlegt behauptet, daß sie die bei ihr hinterlegten Kauttionen nicht angreifen durfte und daß auch ihr eigenes Aktienkapital heute noch jenseits 15 Proz. des Friedenswertes betrüge. Unter diesen Umständen könnte über die von der Beklagten anerkannte Summe von 75 Goldmark nicht hinausgegangen werden.“

Das Urteil mag juristisch durchaus einwandfrei sein. Aber dem Rechtsempfinden wider Volkstreu entspricht es nicht. Alles, was in dem Urteil angeführt wird, um die Aufwertung mit nur 15 Proz. zu begründen, mag zutreffen, wenn der Kläger seine Ersparnisse der Brauerei als Kapitalanlage hingegeben hätte, um Zinsgewinne zu erzielen. In diesem Falle könnte man sagen, der Kläger hat mit seinem Gelde Geschäfte machen wollen, er hat es durch die Inflation verloren, er muß den Schaden tragen. Hier aber handelt es sich darum: Der Kläger hat die Kauttion hinterlegt, um Treu und Glauben eine höhere Aufwertung nicht bekommen hätte. Nach Treu und Glauben konnte er annehmen, daß er beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis den vollen Wert der eingezahlten Kauttion wieder zurückerhalten würde. In den Urteilsgründen heißt es zwar, das Gericht habe die beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt. Tatsächlich ist aber mit keinem Wort die Rede von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Klägers, sondern nur von denen der beklagten Brauerei. Nach ihren unwiderlegten Behauptungen (wie soll der Kläger diese widerlegen können?) ist ihr Aktienkapital auf 18 Proz. des Friedenswertes gesunken und die hinterlegten Kauttionen hat sie unberührt liegen lassen. Selbst wenn diese Behauptungen richtig sein sollten, so muß man doch, wenn man die beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, zu dem Schluss kommen, daß die Brauerei die vollwertige Rückzahlung der Kauttion viel leichter tragen kann als der Arbeiter den Verlust von 85 Proz. seiner Ersparnisse, die er als Vorauszahlung für seine Beschäftigung beim Arbeitgeber hinterlegen mußte. Diesen Standpunkt haben wir schon bei der ersten Veröffentlichung des Urteils eingenommen, er wird auch durch die schriftliche Urteilsbegründung nicht geändert.

Das Ende des Streiks in Oberschlesien.

Breslau, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitsaufnahme in Deutsch-Oberschlesien ist bereits so weit durchgeführt, daß morgen oder übermorgen alle Betriebe im Gange sind. Die Kommunisten haben in ihrer Presse grobhartig angekündigt, daß der Bergarbeiterkampf in Oberschlesien, wo sie die Stimmung zurzeit beherrschen, ganz anders ausgehen werde als im Ruhrgebiet unter der Führung von Gewerkschaftsbonzen. Es kann kein Zweifel mehr daran sein, daß diese Prophezeiung eingetroffen ist, aber in einem für die Arbeiter sehr traurigen Sinne. Der sechs wöchentliche Streik ist sowohl in der Lohnfrage wie in der Arbeitszeitfrage

völlig erfolglos geblieben, und was die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern nach dem verlorenen Streit in den anderen unstrittigen Punkten noch ergeben können, ist in dieser Situation von vornherein eng begrenzt. Bei der Wiedereinstellung werden die Arbeitgeber eine ausgeprägte Radikalpolitik an und lassen Tausende von Arbeitern auf der Straße. Zur Begründung wird angeführt, daß die an sich schon ungünstige Lage der ober-schlesischen Industrie durch den Streik noch mehr gebückt wurde, so daß eine Grube angeblich überhaupt nicht wieder die Arbeit aufnehmen kann.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bauarbeiter-Verband Berlin. Achtung Bauarbeiter! Morgen, Donnerstag nachmittags 3 Uhr, in den Reichsbauarbeiter, Landsberger Str. 81, wichtige Versammlung aller Bauarbeiter des Bauarbeiterbundes. Mitgliederbuch und Delegiertenkarte sind als Ausweis vorzubringen.

Wirtschaft

Lohn und Profite im englischen Bergbau.

Die öffentliche Meinung Englands ist wochenlang durch den Lohnstreik im Kohlenbergbau im Atem gehalten worden. Wiederholt drohte der Konflikt zu einem offenen Arbeitskämpfe auszubrechen. Dieser letzte Schritt ist nicht getan worden. Die Bergarbeiter haben am 29. Mai das schließliche Angebot der Unternehmer in der Lohnfrage anzunehmen beschlossen. Damit gilt der neue Tarifvertrag, der in seinen allgemeinen Bestimmungen sich eng an den vorhergehenden anlehnt, für die nächsten 12 Monate. Die ebenso interessante wie komplizierte Lohnberechnungsmethode ist auf eine veränderte Grundlage gestellt worden. Die Bergarbeiter erhalten Minimumlöhne, sog. Standardlöhne mit dem Recht auf Vorrangbestimmung aus den Einkünften der Bergwerke. Erst dann wenn die Standardlöhne bezahlt sind, darf eine Gewinnverteilung vorgenommen werden. Für die Gewinnverteilung ist ein Standardprofit vorgesehene, der 15 Proz. der Standardlohnsumme beträgt. Der Gewinnrest nach Abzug der Standardlöhne und Standardprofits wird unter die Arbeiter und Unternehmer aufgeteilt, und zwar erhalten die Arbeiter davon 88 Proz., die Unternehmer 12 Proz.

Bei dem früheren Verteilungsmodus sind die Bergarbeiter zu kurz gekommen, was allgemein anerkannt wird und was auch der zur Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse der Arbeiter und des Bergbaus eingesezte amtliche Untersuchungsausschuss bestätigt hat. Die Arbeiter erhielten früher den Friedensnominallohn plus einem Zuschlag von 20 Proz. als Standardlohn, jetzt ist der Zuschlag auf 33 1/2 Proz. erhöht worden. Die Bergarbeiter hatten allerdings viel weitergehende Forderungen erhoben, nämlich die vollständige Abgeltung des Teuerungssindex (171 im Mai 1924) zuzüglich einem Zuschlag von 2 Schilling pro Arbeitsstag, so wie er seinerzeit von der durch Lord George eingesezten Enquete Commission, die unter anderem auch die Rationalisierung empfahl, zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter vorgeschlagen wurde. Aber schon im Laufe der Verhandlungen hatten die Arbeitervertreter Abstriche von diesen Forderungen vorgenommen, und auch der Untersuchungsausschuss, der im übrigen auf bestimmte Vorschläge zur Streitlösung verzichtete, hat sie nicht ausgebehalten. Immerhin haben die Bergarbeiter neben der Erhöhung des Standardlohnes eine Beschränkung der Standardprofits (von 17 Proz. auf 15 Proz.) und ein günstigeres Verhältnis bei der Restgewinnverteilung (88 Proz. : 12 Proz. anstatt 83 Proz. : 17 Proz.) erreicht.

Schematisch dargestellt sieht die englische Lohnberechnungsmethode folgendermaßen aus:

Erlöse aus der Kohle	12 000 £ St. Sterl.
Selbstkosten	3 250
	8 750 £ St. Sterl.
Standardlöhne	5 000 £ St. Sterl.
Standardprofit (15 Proz.)	750
Restgewinn	3 000 £ St. Sterl.
Löhne (88 Proz.)	2 640 £ St. Sterl.
Unternehmergewinn (12 Proz.)	360
Gesamtlohn	7 640
Gesamtgewinn	1 110
	8 750 £ St. Sterl.

Die zu dieser Berechnung erforderlichen Unterlagen werden durch paritätische Kommissionen zweimonatlich ermittelt.

Unter der alten Regelung sind die Unternehmer besser gefahren als die Bergarbeiter, wie nachstehende Angaben, die sich auf die Tonne gefördert Kohle beziehen, zeigen:

	Unternehmergewinn	Löhne
1914	11,9 d	74,9 d
Januar-August 1923	28,18	189,17

Steigerung im Prozenten: 119,28 Proz. 78,79 Proz.

Die Erhöhung des Nominallohnes wird durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten überschritten. Im Dezember 1923 bewegten sich die Durchschnittslöhne der volljährigen Arbeiter in den einzelnen Revieren zwischen 42,82 Proz. und 71,28 Proz. des Friedensreallohnes, im gesamten Königreich auf 62,23 Proz., obwohl die Nominallöhne hier von 6 s 5,64 d im Juni 1914 auf 9 s 9,41 d im Dezember 1923 stiegen.

Hinsichtlich des Leistungseffekts stellt der erwähnte Untersuchungsausschuss fest, daß die Förderung pro Kopf und Schicht von 20,3 cwt (= 1031 Kilogramm) in 1913 auf 17,97 cwt (= 913 Kilogramm) Ende 1923 gefallen, daß jedoch unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverlängerung von 16 Proz. der Fördererfolg um 1/4 cwt infolge höherer Stundenleistung höher sei, wobei die Frage, inwieweit hierbei ein Mehraufwand von Arbeitsruhe oder verbesserter technischer Ausrüstung als Ursache in Betracht kommen, offen gelassen wurde.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Lüttmann
8 54, Lützowstr. 11/12
Berlin 10228 21

Vertreter an allen Orten gesucht.
Generalvertr. f. alle Provinzen gesucht.
Für Vertreter kein Kapital erforderlich.
Für Generalvertreter etwa 100-200 Mk.
um die Organisation durchführen zu können. Nur fleiß. Pers., auch Frauen.
Um nur ernsthafte Offerten zu erhalten, senden wir nur Material an solche, die f. Porto, Materialk. etc. 1 Mk. einschicken.
f. Porto, Materialk. etc. 1 Mk. einschicken.
Max Seldel, Königsberg in Pr.
Poststraße 45. Postcheckkonto 2,56

Stocklaternen
mit Glas u. Licht, 9 Stk. an
Complons von 3 Stk. an
Papiermützen 20 Stk. an
10 Stk. an, alle Sommer-
u. Feiertage sehr billig.
Seuerwert
Sonderpreise
von 1 Stk. an
Maggelkuchen.
10 cm lang, 1 Stk.
Maas & Co.
Berliner Str. 84
bei Linienstr. 9-5 Upt.

Wohnungstausch
in u. nach Berlin
sowie von Berlin
nach auswärts
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitschrift für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptanzeigengannahme:
Zeitungscentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 26. a. Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
erstattet b. et. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echtes Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v.
3 G.-M. an. Zahnst. mit Belaub. 1 G.-M. b. Bestelle
von Gebissen gratis. Ray und Munduntersuchung gratis
3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.
**Haivani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
hauser Allee.**
Vorzeiger 10% Rabatt.
Besonders wirksam sind die **KLEINEN
ANZEIGEN** in der Gesamtbeilage
des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpoliersteine
KOPP & JOSEPH
BERLIN W. 37
Überall erhältlich

Sanatorium für Nervöse, innerlich Kranke,
Erholungsbedürftige
Diabetiker-Kuren
Insulinbehandlung
2 Fachärzte
Telefon 26.
Friedrichshöhe
Großer hygienischer Komfort.
Preis:
I. Klasse 10-12 Gmk.
II. „ 7 „
Chefarzt Dr. Köbisch

Schokoladen
in großer Auswahl!
Billige Bezugsquelle für
Kantinen und Wiederver-
käufer.
Paul Grindel,
Dirksenstr. 47. (am Bahnh. Wsk.)

**„Wir haben uns
tapfer geschlagen“**
Jeder Parteigenosse findet die
Statistiken der einzelnen
Wahlkreise u. alles Wissens-
werte im neuen Handbuch
Der deutsche Reichstag 1924
Eine Mark
Farbiger Umhang • Über 100 Bilder
Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2